

VERKEHR

Teurer Neubau

Im Streit um den für Ende Februar geplanten Abriß der historischen Teufelstalbrücke an der Autobahn A 4 bei Hermsdorf zwischen Erfurt und Dresden wirft das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege Regierungsgutachten Befangenheit vor. Das Bonner Verkehrsministerium und das Thüringer Wirtschaftsministerium wollen das rund 60 Jahre alte Bauwerk, neben dem bereits eine neue Brücke steht, durch eine zweite neue ersetzen, um so einen sechs-spurigen Ausbau der A 4 zu erreichen. Die Teufelstalbrücke zählt zu den bedeutendsten Brückenbauwerken des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Ursprünglich sollte sie saniert werden und drei Spuren der Autobahn aufnehmen. Zwei Gutachter waren jedoch zu dem Ergebnis gekommen, daß die alte Konstruktion nicht mehr zu retten sei. Daraufhin forcierte das Wirtschaftsministerium den Neubau. Die Variante ist mit 18 Millionen

C. EISLER / TRANSIT



Alte Teufelstalbrücke (hinten), Neubau

Mark um 6 Millionen teurer als die Sanierungslösung. Die Denkmalpfleger bezweifeln in einem Schreiben an das Ministerium jedoch die Unabhängigkeit der Prüfer, da diese auch am „Neubau der Teufelstalbrücke mit Auftragsleistungen beteiligt“ seien, und gaben ein weiteres Gutachten in Auftrag. Ergebnis: „Das Bauwerk ist sanierbar.“



O. FANTISCH / PANDIS

Pro-Öcalan-Demonstration (in Hamburg)

PKK

Öcalan nach Deutschland?

Die Bundesregierung rechnet damit, daß sich PKK-Chef Abdullah Öcalan den deutschen Behörden stellt. Der untergetauchte Kurdenführer ist angeblich verzweifelt, weil ihn kein europäisches Land aufnehmen will. Zudem fürchte er, daß ihn türkische Spezialeinheiten kidnappen könnten. Es werde immer wahrscheinlicher, daß Öcalan freiwillig in ein deutsches

Gefängnis gehe, heißt es in Sicherheitskreisen. Der 49jährige wird von der Bundesanwaltschaft wegen mehrfachen Mordes mit einem Haftbefehl gesucht. Im vergangenen November reiste Öcalan nach Italien. Er wurde dort inhaftiert, doch die Bundesregierung verzichtete auf seine Auslieferung – aus Angst vor Anschlägen der in Deutschland lebenden 50 000 PKK-Anhänger. Nach jüngsten Einschätzungen der Sicher-

heitsbehörden dürfte es jedoch nicht zu Ausschreitungen kommen, wenn sich der Kurdenchef freiwillig stellt.

Zitat

»Wir sind immer bereit, uns hinter die Bundesregierung zu stellen – sobald wir wissen, wo sie steht.«

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) über sein Verhältnis zur rot-grünen Bundespolitik

FDP

Kritik an Westerwelle

Nach dem schlechten Abschneiden bei der Landtagswahl in Hessen attackieren FDP-Linke den neoliberalen Kurs von Generalsekretär Guido Westerwelle. Am 19. und 20. Februar trifft sich der linksliberale „Freiburger Kreis“ um Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Würzburg mit Vertretern der ebenfalls linksliberalen niederländischen Partei D66. Die Freiburger wollen damit einen Gegenakzent zu Westerwelle setzen, der die Partei auf den Kurs der erfolgreichen rechtsliberalen niederländischen VVD trimmen will. Die Regierungsbeteiligung in Hessen dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die neue FDP Westerwelles in Bund und Ländern bei fast allen vergangenen Wahlen verloren habe, kritisiert Leutheusser-Schnarrenberger. Im Hinblick auf das Wahlmarathon in diesem Jahr habe die Serie des Mißerfolgs in der Partei „viele nachdenklich gemacht“. Leutheusser-Schnarrenberger beklagt eine „innerparteiliche Auszehrung“. Insbesondere bei den Themen Außenpolitik und Europa sei die FDP „nicht mehr präsent“.